



BESOLDUNG

WORTBRUCH: „Ernsthafte Gespräche“ angekündigt, Ergebnis diktiert!

Landesregierung verkündet Pläne zur Steigerung der Attraktivität der Bezahlung von Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein

Kiel – Bereits kurz nach der Landtagswahl im Mai 2017 hatte die Landesregierung angekündigt, dass sie sich ernsthaft um die Bezahlung ihrer Beamtinnen und Beamten kümmern will. Nachdem 2007 das Weihnachtsgeld gestrichen, Eigenanteile für die Heilfürsorge eingeführt und die Arbeitszeit heraufgesetzt worden waren, sollte nun endlich etwas für die Attraktivität des (Polizei)berufes getan werden. Veränderungen sind hier bitter nötig: Im bundesweiten Besoldungsvergleich belegt Schleswig-Holstein einen der hinteren Plätze. Andere Bundesländer zahlen ihren Landesbeamten bereits jetzt freiwillig bis zu 2 Prozent mehr, als nach dem Tarifabschluss vereinbart.

Für Frühsommer 2019 waren daher verschiedene „ernsthafte“ Gespräche zwischen den Gewerkschaften und Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) vereinbart. Was nun nach nur einer „Gesprächsrunde“ dabei herauskam, ist für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ernüchternd und nicht hinnehmbar. Das „Gespräch“, an dem für die GdP der Stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius teilnahm, war eine Verkündung vorgefertigter Ergebnisse durch die Finanzministerin. Kropius stellte befremdet fest: „Von Gesprächen auf Augenhöhe keine Spur!“ Weitere Gespräche oder gar Verhandlungen seien vonseiten des Finanzministeriums nicht geplant. Das Gesetzesvorhaben der Finanzministerin sieht vor, dass die Besoldung und die Versorgung ab 2021 innerhalb von vier Jahren um insgesamt ein Prozent angehoben werden. Für einen Polizeioberkommissar im mittleren Alter wären dies im ersten Schritt im Jahr 2021 nicht einmal 7 Euro brutto mehr im Monat! Zu Recht fragen sich GdP-Mitglieder, ob

denn schon wieder der 1. April sei. Dazu führt der Stellvertretende Landesvorsitzende der GdP, Sven Neumann, aus: „Für viele Kolleginnen und Kollegen fühlt sich diese winzige Erhöhung wie ein Schlag ins Gesicht an, andere nennen es blanken Hohn! Während der Fraktionsvorsitzende der FDP im Kieler Landtag, Christopher Vogt, von ‚bombastischen Einnahmen des Landes‘ spricht, plant Frau Heinold lediglich minimalste Veränderungen in der Besoldung. Dies passt nicht zusammen und lässt jede Wertschätzung vermissen.“

Enttäuscht stimmt die GdP auch, dass die versprochene zeit-, inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung **nicht stattfindet** und die eingesparten 0,4 Prozent erst sehr zögerlich ab dem Jahr 2020 ausgegeben werden sollen.

Die GdP kritisiert massiv, dass die Pensionäre erneut von der zusätzlich vorgesehenen Einmalzahlung von 100 Euro im Jahre 2020 ausgenommen werden sollen. Neumann: „Eine Riesen-schweinerei ist es, dass die Kolleginnen und Kollegen, die

jahrelang ihre Knochen für das Land hingehalten haben, wiederholt nicht berücksichtigt werden.“

„Wir haben uns auf ein E-Bike zu Weihnachten gefreut und bekommen einen selbst gestrickten Pull-over“, beschreibt Kropius die gefühlte Stimmungslage. Das lassen wir uns nicht bieten! Die GdP hat Aktionen gestartet, um auf diesen Umstand hinzuweisen. Begonnen wurde mit einer Plakataktion. Die Plakate werden sich auf allen Polizeidienststellen des Landes wiederfinden.

**Alle finden:
Polizei ist
notwendig.
Außer Monika Heinold.
Die will nicht zahlen.**

**Wir fordern:
Das volle
Weihnachtsgeld**

**Gewerkschaft
der Polizei**
Für ein sicheres
Schleswig-Holstein



Lob für hohe Professionalität

Ministerpräsident Günther besucht 1. Einsatzhundertschaft -
GdP erneuert Forderung nach zweiter fester Einsatzhundertschaft

Eutin – Es war für Daniel Günther der dritte Besuch in der PDAFB. Nach einem gemeinsamen Grillabend mit Einsatzkräften nach dem G20-Gipfel in Hamburg und einer Informationsvisite im Einsatztrainingszentrum bei der Sommertour vergangenen Jahres, war der schleswig-holsteinische Ministerpräsident erneut auf Hubertushöhe (Foto). Dieses Mal galt sein Interesse insbesondere der 1. Einsatzhundertschaft.

Knapp drei Stunden dauerte der rege Austausch Günthers mit der Leiterin der PD AFB, Maren Freyher, dem Chef der Einsatzhundertschaft,

Frank Knoop, und dem Leiter der Fachinspektion Aus- und Fortbildung, Arne Dunka. Dabei waren auch der Stellvertretende Leiter des Führungsstabs, Jens Borchardt, sowie mehrere Zugführer und weitere Einsatzbeamtinnen und -beamten der Hundertschaft. Neben den Gesprächen ergänzte eine Übung von Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit den Besuch des Ministerpräsidenten. Dabei wurden die im Rahmen eines Pilotprojektes beschafften Drohnen als neues Einsatzmittel vorgestellt. Am Ende zeigte sich Daniel Günther vor allem von der hohen Professionalität der Einsatzkräfte beeindruckt. „Insgesamt ist die Polizei in Schleswig-Holstein gut aufgestellt. Motivierte Beamtinnen und Beamte sorgen täglich für Sicherheit und Ordnung“, befand der CDU-Politiker. Zugleich nutzte der Ministerpräsident die Gespräche, um den Beamtinnen und Beamten für ihr Engagement zu danken und die Unterstützung der Landesregierung zu bekräftigen.

Auch die Einsatzbelastung der 1. Einsatzhundertschaft und die Notwendigkeit der Einrichtung einer zweiten Einsatzhundertschaft für die Landespolizei waren Gegenstand der Gespräche. Auf Nachfrage der GdP zog sich Günther auf den aktuellen Sprachgebrauch des Innenministeriums zurück. Es bleibe angesichts des in den Haushalten berücksichtigten Zuwachses um 500 Stellen bei der Vereinbarung des Koalitionsvertrages: Die zusätzlichen Beamtinnen und Beamten würden zunächst auf die Dienststellen verteilt, um in der Fläche die Bereiche Einsatz, Präsenz und Ermittlung zu verstärken. „Die Bildung einer zweiten Einsatzhundertschaft wird geprüft“, teilte Pressesprecher Peter Höver mit.

Mit Zustimmung reagierte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf den Besuch von Daniel Günther bei der 1. Einsatzhundertschaft. „Solche Gespräche des Ministerpräsidenten sind sicher sehr hilfreich, weil Daniel Günther dann aus erster Hand von Kollegen und Kollegen erfährt, wie es ihnen geht und wo der Schuh



drückt. Es bleibt nur zu hoffen, dass ihm dabei auch klar wird, wie wichtig die Einrichtung einer zweiten professionellen Einsatzhundertschaft für die Landespolizei ist“, stellte der GdP-Landesvorsitzende Torsten Jäger fest. Bereits seit Jahren fordere die GdP eine solche weitere Einsatzhundertschaft. „Und dieses Ziel werden wir auch nicht aus den Augen verlieren“, kündigte Jäger an. Auch in der Landesregierung dürfte längst klar sein, dass die 500 zusätzlichen Stellen, die die Landespolizei bis 2023 verstärken sollen, nicht ausreichen werden. Nur mag es offenbar niemand aussprechen“, so Torsten Jäger. Dabei verwies er auf die Einsatzbelastung der 1. Einsatzhundertschaft:

- Die 1. Einsatzhundertschaft verbuchte im vergangenen Jahr mit der gesamten Einheit bzw. einzelnen Einheiten allein in Schleswig-Holstein 957 Einsätze; im Jahr 2017 waren es noch 693. Außerhalb des Landes wurden 45 Einsatztage registriert (2017: 40 Einsatztage).
- Die Einsatzstunden lagen 2018 insgesamt bei 187 327 Einsatzstunden (2017: 179 936). Und an Wochenenden wurden im vergangenen Jahr 73.644 Einsatzstunden geleistet (2017: 60 990 Stunden).

Der 1. Einsatzhundertschaft gehören 213 Beamte an, davon 38 Frauen (Stand April 2019). Damit hat im Durchschnitt jede Beamtin und jeder Beamter im vergangenen Jahr 880 Einsatzstunden geleistet. Folglich ist jeder Mitarbeiter knapp sechs Monate im Einsatz. Mit der Einrichtung einer echten weiteren festen Einsatzhundertschaft würden der Einzeldienst und die Direktion für Aus- und

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 9/2019:
Freitag, 2. August 2019



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



Fortbildung in Eutin weniger geschwächt, betont Jäger. Helfen könnte nach Auffassung des GdP-Landesvorsitzenden auch die schwarz-rote Bundesregierung in Berlin, und zwar wenn sie ein Versprechen des Koalitionsvertrags einhält. „Der Koalitions-

vertrag von CDU und SPD sieht Personalverstärkungen für die Länderpolizeien vor“, ruft Jäger in Erinnerung. Von den 7500 zusätzlichen Polizisten würden nach dem Königsteiner Schlüssel rund 260 Stellen auf Schleswig-Holstein entfallen.

Torsten Jäger: „Hier muss der Bund liefern beziehungsweise finanzieren. Dann könnte eine professionelle zweite Einsatzhundertschaft am schnellsten realisiert werden.“

Text: Thomas Gründemann
Foto: „Staatskanzlei SH“

Schimmelbefall sorgt für Unruhe

GdP ist enttäuscht von Verantwortlichen nach Problemen bei der Polizeistation Neumünster Mitte

Neumünster – Schon am 3. Januar vergangenen Jahres, also kurz nach Einzug in die Polizeistation (Pst.) Neumünster Mitte in der Parkstraße 20, wurde seitens des Betriebsmediziners und der Fachkraft für Arbeitssicherheit dringend empfohlen, das Gebäude auf Schimmel zu untersuchen, da ein Wasserschaden bekannt geworden war. Eine gesundheitliche Gefährdung der Mitarbeiterschaft sollte damals zeitnah ausgeschlossen werden. Untersuchungen fanden jedoch nicht statt.

Nach intensiven Interventionen der Mitarbeiterschaft im November 2018 gab es eine erneute Aufforderung, das Gebäude untersuchen zu lassen. Zu diesem Zeitpunkt stank es in dem Gebäude, und feuchte Stellen wurden offensichtlich immer wieder nur oberflächlich beseitigt. Doch wiederrum handelte die Behördenleitung nicht. Eine Ursachenforschung hat zu keinem Zeitpunkt stattgefunden. Die Mitarbeiterschaft fühlte sich mit dem Problem völlig alleingelassen, machte dann so viel Druck, dass am 8. Mai endlich der Fußboden geöffnet wurde und erheblicher Schimmelbefall festgestellt wurde. Aufgrund dessen wurde nun die Station geräumt und die Mitarbeiterschaft in der Polizeistation West im Hansaring 122 untergebracht. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch schon Mitarbeiter erkrankt. Der Verdacht liegt nahe, dass diese Erkrankungen mit den Schimmelsporen zusammenhängen. „Wir haben unseren Mitgliedern Rechtsschutz gewährt, um unter anderem überprüfen zu lassen, ob hier ein Fürsorgepflichtverstoß vorliegt“, so Ulrich Bahr, Vorsitzender der Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte. Doch auch im Nachgang fühlt sich die Mitarbeiterschaft von der Behördenleitung alleingelassen. So wurden beispielsweise Absprachen mit der GMSH nicht eingehalten. Außerdem waren bei Begehungen der Polizeistation keine Mitar-

beiter der Station, Personalrat oder Betriebsmediziner erwünscht. Der Personalrat hätte nach § 50 (2) MBG hinzugezogen werden müssen. Enttäuscht ist Bahr auch von der zuständigen Abteilung 3 des LPA. Am 11. Juni wurde seitens des örtlichen Personalrats ein runder Tisch vorgeschlagen, um sich mit Vertretern aller Beteiligten auszutauschen, wie es in Sachen Gesundheits- bzw. Gesundheitskonzept weitergehen soll. Dort wurde ein Termin für den 1. bis 3. Juli vereinbart. Bahrs Anfrage am 25. Juni, wann denn der Termin nun genau stattfinden sollte, wurde am Freitag, dem 28. Juni, um 22.45 Uhr beantwortet: Man hätte sich nach Beratung



Das Dienstgebäude der Polizeistation Neumünster Mitte



Ulrich Bahr

mit der Behördenleitung in Neumünster dafür entschieden, dass bereits alle erforderlichen Maßnahmen initiiert worden seien. Ein runder Tisch sei

nicht mehr erforderlich. Zum Ärger von Ulrich Bahr: „So geht man nicht mit seinen Mitarbeitern um! Alle sind zutiefst enttäuscht, hilflos und haben Angst, in das Gebäude zurückzugehen. Wir werden nun den Landespolizeidirektor und notfalls den Innenminister auffordern, tätig zu werden“, so Bahr abschließend. Auf die Presseberichterstattung reagierte die Landes-SPD und wandte sich an Innenminister Hans-Joachim Grote. „Wir wollen in der ersten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses nach der Sommerpause einen Bericht des Innenministers zu den Hintergründen hören, die letztendlich am 8. Mai zur Räumung der Dienststelle geführt haben“, so die Landtagsabgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber. Es werde erwartet, dass alle weiteren Schritte gemeinsam mit dem Personalrat und dem Betriebsmediziner unternommen werden. „Da nicht absehbar ist, ob oder wann eine Wiedernutzung des Gebäudes möglich ist, muss die Polizeidirektion jetzt sofort nach alternativen Standorten in der Innenstadt suchen“, so die Forderung der Sozialdemokratin.

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit wird die DP berichten.



„Schicksale berühren mich“

Landespolizeidirektor Michael Wilksen besuchte Selbsthilfegruppe „Rückenwind“

Kiel – Es war der erste Besuch von Landespolizeidirektor Michael Wilksen bei „Rückenwind“ nach seiner Amtsübernahme im vergangenen Jahr. In einem Gespräch mit Polizeiseelsorger Volker Struve hatte Wilksen seinen Wunsch an einem Austausch mit der Selbsthilfegruppe für Polizeibeschäftigte mit einem behinderten Kind zum Ausdruck gebracht. Gut zwei Stunden nahm sich Michael Wilksen Zeit, als sich ein Teil der Betroffenen von „Rückenwind“ in Neumünster traf. Vor rund vier Jahren war die Gruppe auf Initiative von Marcus Ebbecke ins Leben gerufen worden und hatte exakt hier ihre erste Zusammenkunft. Inzwischen ist „Rückenwind“ auf 30 Betroffene angewachsen. „Und es kommen bei jeder Zusammenkunft neue Gesichter dazu“, berichteten Ebbecke und Birgit Cornehl, die gemeinsam die Gruppensprecher bilden.

In einem freimütigen Austausch ließ sich der Landespolizeidirektor die unterschiedlichen Schicksale der betroffenen Mütter und Väter schildern. Mit nachdenklicher Miene reagierte Michael Wilksen, als ihm die betroffenen Kolleginnen und Kollegen Einblicke in ihre persönliche Situation und die damit verbundenen enormen psychischen wie physischen Belastungen vor Augen führten. Und der Landespolizeidirektor sah sich in seiner Annahme bestätigt, dass niemand, der nicht selbst betroffen sei, es nur ansatzweise ermessen könne, was es bedeute, ein derartiges Schicksal schultern zu müssen, stellte Wilksen fest. „Durch diese persönliche Begegnung mit den Kolleginnen und Kollegen, die ein behindertes Kind praktisch lebenslang zu betreuen haben, konnte ich zumindest einen gewissen Einblick um die Belastungen gewinnen. Die Schilderungen haben mich unglaublich berührt und noch weiter sensibilisiert. Ich bin froh, dass sich unser Polizeiseelsorger Volker Struve der Selbsthilfegruppe um Marcus Ebbecke und Birgit Cornehl angenommen hat“, so Michael Wilksen.

Wilksen ermutigte Ebbecke und Cornehl, Informationen über Rückenwind und vor allem über die Lebensumstände der betroffenen Kolleginnen und Kollegen weiter in die Landespolizei zu tragen.

„Das Thema muss weiter transportiert werden. Sie sind als Gruppensprecher von Rückenwind der Motor für die Gruppe“, unterstrich Wilksen und sagte seine Unterstützung zu. Ausdrücklich appellierte er an die beiden „Rückenwind-Gruppensprecher“, ihr Vorhaben weiter zu verfolgen, die Selbsthilfegruppe sowie die Belastungen für betroffene Elternteile in allen Behörden und Ämtern vorzustellen. Wie Ebbecke und Cornehl berichteten, hätten sie dies auf Einladung bereits bei zwei Polizeidirektionen getan. Einvernehmlich wurden auch die Führungskräftelehrgänge der Landespolizei als geeigneter Weg bewertet, um die besondere Situation von Eltern mit behinderten Kindern zu vermitteln und „Rückenwind“ bekannter zu machen. „Stimmen Sie sich mit den Lehrgangsverantwortlichen in der PD AFB ab“, bat Michael Wilksen Ute Honka, die gemeinsam mit Volker Struve der Gruppe „Rückenwind“ hilfreich zur Seite steht.

Übereinstimmend mit den Betroffenen von „Rückenwind“ befand der Landespolizeidirektor auch, dass das Intranet als Informationsquelle für möglicherweise weitere Betroffene oder Hilfesuchende vereinfacht werden müsse. Es sei immens wichtig, gerade auch hier Kompetenzen zusammenzuführen. Ein roter Hilfebutton „Polizeisozialer Dienst“, über den verschiedene Wege oder Angebote wie der Polizeiseelsorge, des Psychologischen Dienstes oder auch „Rückenwind“ für in Ausnahmesituationen oder in anderer Art und Weise erheblich belastete Kolleginnen und Kollegen schnell zu erkennen seien, wurde einvernehmlich zumindest als mögliche Teillösung benannt. „Gerade in solchen Situationen wird ein neutraler Ansprechpartner meist schnell gebraucht“, verlieh Volker Struve dem Vorhaben Nachdruck.



Die Gruppensprecher Birgit Cornehl und Marcus Ebbecke zusammen mit Ute Honka, Seelsorger Volker Struve und Landespolizeidirektor Michael Wilksen. Foto: TG

Am Ende dankte der Landespolizeidirektor den anwesenden Gruppenmitgliedern für ihre Offenheit im Umgang mit ihrer schwierigen persönlichen Lage. „Sie haben mich an ihrer Seite“, so Michael Wilksen abschließend.

Weitere Unterstützung wurde auch vom GdP-Landesvorsitzenden Torsten Jäger zugesagt. „Wir werden uns als GdP zusammen mit dem DGB weiterhin dafür einsetzen, die Möglichkeiten der Sonderurlaubsverordnung für die Pflege und Betreuung von behinderten Kindern zu verbessern“, so Jäger. Das Angebot in der Landespolizei, durch die Selbsthilfegruppe Rückenwind die Sorgen von Kolleginnen und Kollegen mit behinderten Kindern zu thematisieren, sei sehr hilfreich. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beziehungsweise Privatem sei für das Funktionieren der auf gegenseitiges Verständnis und Unterstützung angewiesenen Polizistinnen und Polizisten sehr bedeutsam, dies insbesondere in derartigen Extremsituationen des Lebens. „Trotz aller schwierigen Einsatzlagen ist es wichtig, sich in der Landespolizei intensiv mit polizeisozialen Fragen zu beschäftigen. Auch deshalb sei es zu würdigen, dass sich Landespolizeidirektor Michael Wilksen für die Betroffenen Zeit genommen hat. Anerkennend zeigte sich Jäger zur Rolle von Polizeiseelsorger Volker Struve und Ute Honka aus dem LPA. „Es ist erfreulich, dass sich beide begleitend dieses schwierigen Themas annehmen“, so Jäger. **TG**



RECHTSSCHUTZ MIT DER GdP

Persönlicher Kontakt ist mir wichtig

In der heutigen Ausgabe des DP-Landesjournals stellen wir die GdP-Vertrauensanwälte Christoph Seiffert und Thies Lemke vor

Herr Seiffert, bitte stellen Sie sich kurz vor!

Nach dem Studium an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald und dem Referendariat in Flensburg habe ich mich Anfang 2009 als Rechtsanwalt in Flensburg selbstständig gemacht. Im strafrechtlichen Bereich bin ich nicht nur als „klassi-



scher“ Strafverteidiger, sondern auch als Nebenklagevertreter tätig. In letzterem Zusammenhang stehe ich in engem Kontakt mit dem Weißen Ring e.V. Der persönliche Kontakt zu meinen Mandanten ist mir nach wie vor sehr wichtig, um deren Belange besser zu erkennen und verstehen zu können. Als Rechtsanwalt sehe ich mich nicht als reinen Rechtsvertreter,

sondern auch als Berater, der sich gern Gedanken auch über den Teller- rand hinaus macht.

Welche Spezialgebiete vertreten Sie?

Straf-, Zivil- und Arbeitsrecht.

Sie sind Vertrauensanwältin/Vertrauensanwalt der GdP. Wie kam es dazu?

Ja, wie kam es dazu? Einerseits der Umstand mit zivil- und strafrechtlichen Ausrichtungen, meines Kanzleistandes in Flensburg und des Fehlens von Vertrauensanwälten in der Region, bin ich aufgrund persönlicher Kontakte auf die GdP aufmerksam geworden.

Welche Erfahrungen haben Sie mit Ihren bisherigen Mandaten von GdP-Mitgliedern gemacht? Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Bisher hatte ich nur gute Erfahrungen mit den von mir vertretenen GdP-Mitgliedern, der Kontakt zu diesen war immer direkt und offen, was meiner Meinung nach immer auf Gegenseitigkeit beruhte, auch wenn die zugrundeliegenden Sachverhalte manchmal kompliziert waren. Was ich mir für die Zukunft wünsche? Mehr Mandanten wie die GdP-Mitglieder, die ich bisher kennenlernen durfte,

denn diese brachten immer eine gute „Chemie“ mit, deren Fälle waren spannend und interessant und die Zusammenarbeit funktionierte immer problemlos.



Christoph Seiffert

Christoph Seiffert

Rechtsanwalt

Rote Straße 1, 24937 Flensburg

Telefon: 04 61-4 30 36 58

Telefax: 04 61-4 30 36 59

E-Mail:

info@kanzlei-seiffert-flensburg.de

Internet:

www.kanzlei-seiffert-flensburg.de

Bürozeiten:

Mo. – Do.: 8.30 – 13.00 Uhr

14.00 – 18.00 Uhr

Fr.: 8.30 – 13.00 Uhr

14.00 – 16.00 Uhr

Positive Erfahrungen mit Polizisten

Fragen an den GdP-Vertrauensanwalt Thies Lemke

Herr Lemke, stellen Sie sich bitte kurz vor!

Jahrgang 1971

Geboren und aufgewachsen in Lübeck-Travemünde

Abitur 1990 Katharineum zu Lübeck

Soldat auf Zeit bei der Marine, 7. Minensuchgeschwader Neustadt/Holstein

Studium an der Universität Köln

Studium an der Christian Albrechts Universität in Kiel

2. Staatsexamen 2004

Seit 2009 Partner der Kanzlei

Hobbies: Fußball, Laufen, Lesen

Welche Spezialgebiete vertreten Sie?

Meine Spezialgebiete sind insbesondere Familienrecht, Straßenver-



Thies Lemke

kehrrecht, Schadenersatz-/Schmerzensgeldansprüche insbesondere für Polizeibeamte, Forderungseinzug. Derzeit ist der Fachanwalt für Familienrecht in Arbeit.

Sie sind Vertrauensanwalt der GdP. Wie kam es dazu?

Ich habe seit Jahren zahlreiche Polizeibeamte in Schmerzensgeld-, aber auch anderen (wie familienrechtlichen, disziplinarrechtlichen etc.) Angelegenheiten vertreten. In einigen der Fälle hatte ich als Rechtsschutz die GdP als Partner, dabei stellte sich dann in einem Gespräch mit der GdP-Leitung heraus, dass man die gute Zusammenarbeit doch auf ein höheres Level heben könnte. Bei einem Treffen in der GdP-Zentrale stellte sich heraus, dass man nahezu 100% identische Interessen hatte, nämlich Polizei-, und Justiz- und Zollbeamten in schwieriger Lage schnell und effektiv zu helfen. Ab dem Moment war die Kooperation als GdP-Vertrauensanwalt für beide Seiten logische Folge.

Fortsetzung auf Seite 6



RECHTSSCHUTZ MIT DER GdP

Fortsetzung von Seite 5

Welche Erfahrungen haben Sie mit Ihren bisherigen Mandaten von GdP-Mitgliedern gemacht? Was wünschen Sie sich für die Zukunft?

Zu den Erfahrungen mit Polizisten kann ich nur und ausschließlich positive Rückmeldung geben. Hilfreich sind die vorhandenen fundierten Rechtskenntnisse und die Fähigkeit der Beamten, sich aufs Wesentliche zu konzentrieren und z. B. nicht tonnenweise überflüssige Materialien einzureichen, wie dies „zivile“ Mandanten gerne tun. Die Gespräche sind immer zielorientiert, und meine Dienstzeit bei der Marine hilft natürlich, das hierarchische System und den (oft nervenaufreibenden) „Dienstweg“ zu verstehen und zu beachten. Hinzu kommt natürlich, dass den Fällen fast immer auch spannende Lebenssachverhalte zugrunde liegen.



Für die Zukunft wünsche ich mir, A) dass mehr Beamte ihre Rechte wahrnehmen (z. B. aus dem Schmerzensgeldfonds für im Dienst verletzte Beamte) und sich dazu beraten lassen. Nur wenn die Verletzungen im Dienst auch öffentlich gemacht und Schmerzensgelder gefordert werden, wird die Politik begreifen, dass Beamte einen wichtigen, aber auch gefährlichen Dienst verrichten und sie dabei unbedingt besser geschützt werden müssen. B) wünsche ich mir, dass sich in der Polizei herumspricht, dass nicht alle Rechtsanwälte Strafverteidiger und damit „Gegner“ sind, sondern dass es unser Beruf ist,

zu helfen. Das Mandantenverhältnis besteht vor allem aus gegenseitigem Vertrauen und diese positive Rückmeldung von „meinen“ Polizeibeamten ist mir sehr wichtig. C) Wünsche ich mir noch mehr Mut der Polizeibeamten, mich nach ihren Rechten zu fragen. Zu viele Rechte und Möglichkeiten der Beamten bleiben ansonsten ungenutzt.

Thies Lemke
Rechtsanwalt
Rechtsanwälte Lemke & Partner
Am Burgfeld 10 a, 23568 Lübeck
Telefon: 04 51-3 12 75 oder 3 12 76
Telefax: 04 51-3 12 77
E-Mail: kontakt@lemke-partner.de
Büroöffnungszeiten:
Montag bis Freitag:
9.00 Uhr – 18.00 Uhr
Telefonische Erreichbarkeit:
Montag bis Freitag:
9.00 Uhr – 12.00 Uhr und
13.00 Uhr – 16.00 Uhr

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Kiel-Plön
Jahreshauptversammlung am Freitag, 13. September 2019, 16.00 Uhr, Sparkassenarena Kiel, Raum Dänemark. Ab 20.00 Uhr Flashtoberfest, die Flashlightparty geht in die fünfte Runde. Dirndl und Lederhosen anziehen und dabei sein. Der Kartenvorverkauf läuft.

Schleswig-Holstein Mitte
Jungsenioren-Stammtisch am Donnerstag, 8. August 2019, 17.00 Uhr, im Sportlerheim Husberg-Bönebüttel, Sickkamp 16, 24620 Husberg. Das diesmalige Thema ist wie in den Vorjahren „Grillen“. Anmeldung zwingend erforderlich bei Bernhard Bock (0 43 21-7 47 52) oder Ernst Gawlkich (0 43 21-2 84 24).





Kalabrien – Italiens bezaubernder Süden

8-Tage-Erlebnisreise vom 18. April bis zum 25. April 2020
oder vom 26. April bis zum 3. Mai 2020
exklusiv für PSW Reisen

ab **1.195,-*** p.P.
* Einzelzimmerzuschlag 150,-



Im Reisepreis sind folgende Leistungen enthalten:

- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Flüge ab/bis Hamburg mit renommierter Fluggesellschaft bis/ab Lamezia Terme (evtl. Umsteigeverbindung)
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie Ein- und Ausreisesteuern
- Transfers am An- und Abreisetag
- Rundreise/Ausflüge im landestypischen Reisebus mit Klimaanlage
- 7 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 7x Frühstück, 7x Abendessen
- Deutsch sprechende qualifizierte Gebeco Erlebnisreiseleitung
- Capo Vaticano, der prachtvolle „Aussichtsbalkon“ Kalabriens
- Archäologische Überraschungen in Reggio di Calabria
- Aussichten über das Tyrrhenische Meer in Scilla
- Völkerkundemuseum in Palmi
- Höhlenkirche „Piedigrotta“
- Besichtigungen mit Audio-System
- Alle Eintrittsgelder
- Ausgewählte Reiseliteratur
- PSW-Reisebegleitung

Bitte beachten Sie, dass eine Übernachtungssteuer anfällt, die direkt vom Hotel erhoben wird und vor Ort zahlbar ist.

Mehr genießen:

- Minikreuzfahrt zu den Äolischen Inseln (3. Tag)¹ 70,- €
- Auf den Spuren des Schutzheiligen Kalabriens (5. Tag) 65,- €
- Zungri mit kalabresischen Spezialitäten (7. Tag) 52,- €

¹ Durchführung nicht exklusiv für Gebeco-Gäste, mit mehrsprachiger Reiseleitung, von April bis Oktober je nach Verfügbarkeit und Wetterlage

Mobilitätseinschränkungen:

Die Reise ist für mobilitätseingeschränkte Personen allgemein nicht geeignet. Sofern Sie mit uns gemeinsam prüfen möchten, welche körperlichen Voraussetzungen für die Reise nötig sind, halten Sie bitte Rücksprache.

Weitere Informationen und Buchung:

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Str. 2

23560 Lübeck

Fon 0451 - 502 17 36

Fax 0451 - 502 17 58

E-Mail:

psw-reisen.luebeck@t-online.de

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen

Flugplan-, Hotel- oder Programmänderungen sind vorbehalten.

Veranstalter:

Gebeco GmbH, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel

Es gelten die Allgemeinen Reisebedingungen und

Hinweise der Gebeco. Diese finden Sie auch auf der

Internetseite www.gebeco.de.

Einreisebestimmungen

Die aktuellen Einreisebestimmungen finden Sie unter

<https://www.gebeco.de/rund-um-ihre-reise/laenderinformationen>.

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Str. 22

24116 Kiel

Fon 0431 - 17093

Fax 0431 - 17092

E-Mail:

psw-reisen.kiel@t-online.de

psw-tours.de



Und was sonst noch so war ...

Weil der Trend immer mehr dahin geht, weniger zu lesen, dafür aber umso mehr zu gucken und der Juni darüber hinaus sehr ereignisreich war, habe ich mich entschlossen, für den Monat Juni ein Bildertagebuch zu machen.

3. Juni 2019

Die AG Nachwuchswerbung unter der Leitung von Sven Neumann bereitet sich vor auf die 350 Neueinstellungen zum 1. August.

5. Juni 2019

Teilnahme am Business Run – wir berichteten bereits in der letzten Ausgabe. Die GdP ist mit einem starken Team am Start. Auch ich kämpfte mich bei schwüler Hitze über die 4,5 km. Ein gigantisches Erlebnis.



6. Juni 2019

25 Jahre ZSK Kiel. Unser Landesvorsitzender Torsten Jäger überbringt die Glückwünsche des Landesbezirks.



13. Juni 2019

Unser Mentee Torben Steckel wird 40 – Herzlichen Glückwunsch! Im Rahmen einer Besprechung auf der Geschäftsstelle wird er würdig gefeiert.



16. Juni 2019

Tag der offenen Tür im Landtag bei strahlendem Sonnenschein. Ich treffe viele bekannte Gesichter und führe nette Gespräche in gelöster Atmosphäre.



19. Juni 2019

Ein Schüler der Kieler Hebbelschule packt an seinem Sozialen Tag im Rahmen des Projekts „Schüler helfen Leben“ die Begrüßungsmappen für die Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter.



22. Juni 2019

Mit den beiden Stellvertretenden Landesvorsitzenden Andreas Kropius und Sven Neumann nehme ich am Eröffnungsempfang im Kieler Rathaus teil. Ministerpräsident Daniel Günther, Landtagspräsident Klaus Schlie und Oberbürgermeister Dr. Ulf Kämpfer sind sich in ihren Grußworten einig darin, alle diejenigen lobend hervorzuheben, die für die Sicherheit rund um die Kieler Woche sorgen. Diesen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen gebe ich hier gern weiter. Bleibt zu hoffen, dass diese Worte nicht nur hohle Floskeln sind, sondern hier auch Taten folgen und nicht nur groteske Vorschläge für ein „Besoldungsstrukturpäckchen“.

Vom Balkon des Kieler Rathauses haben wir einen tollen Ausblick auf eine bunte Stadt.



25. Juni 2019

Traditionelle Regatta-Begleitfahrt des DGB mit der historischen Hansekogge. Gemeinsam mit Sven Neumann und Frank Poster nehme ich an der Ausfahrt bei bestem Wetter teil. Das Kieler-Woche-Gespräch im Gewerkschaftshaus am Abend rundet den Tag ab.



26. Juni 2019

Kino-Premiere des Spots „Keine Gewalt gegen öffentlich Bedienstete“ im Kieler Metro-Kino. Auf www.kriminalpraevention-sh.de ist der gelungene Videoclip anzusehen. Empfehlung: Unbedingt weiter verbreiten!

